



Український Рух Пацифістів

Ukrainian Pacifist Movement

Verletzungen des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in der Ukraine: vom 24. Februar 2022 bis November 2023

Ein Bericht der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung

INHALT

<i>Überblick über die allgemeine Lage in der Ukraine</i>	2
<i>Verfolgung von Vitaliy Alexeienko wegen Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen</i>	9
<i>Fehlen eines Verfahrens zur Entlassung aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen im Fall von Andrii Vyshnevetsky</i>	10
<i>Verfolgung von Yurii Sheliashenko wegen des Eintretens für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und die Verteidigung der Rechte von Verweigerern</i>	11
<i>Empfehlungen</i>	14

Überblick über die allgemeine Lage in der Ukraine

....

Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen wird in der Ukraine nicht in allen Stadien des Militärdienstes anerkannt. Wehrpflichtige können wegen "Wehrdienstverweigerung", aktive Soldaten wegen "Desertion" oder "unerlaubtem Verlassen der Militäreinheit" bestraft werden, wenn sie auf ihrer Verweigerung aus Gewissensgründen bestehen.

Derzeit ist ein Trend zu härteren Urteilen in Fällen von Kriegsdienstverweigerern zu beobachten. So wurde beispielsweise der adventistische Kriegsdienstverweigerer Dmytro Zelinsky im Juni 2023 freigesprochen, weil er in seinem Freispruch die Aussage eines Pastors der Kirche über den gewaltlosen Beitrag seiner Gemeinde zur Verteidigung des Staates und des Volkes zitierte.³⁰ Der Freispruch wurde jedoch vom Berufungsgericht in Ternopil aufgehoben, und im August 2023 wurde ein neues Urteil gefällt: drei Jahre Haft³¹. Jetzt verbüßt der Gefangene aus Gewissensgründen seine dreijährige Haftstrafe.³²

Das Bezirksgericht Kamyanka-Buzky der Region Lviv verurteilte einen Kriegsdienstverweigerer zu drei Jahren Gefängnis, weil er sich unter Berufung auf die Lehren der protestantischen New-Age-Kirche, die die Teilnahme an Militäraktionen verbietet, geweigert hatte, zum Pflichtdienst in der Armee mobilisiert zu werden. Das Gericht lehnte den Antrag des Angeklagten auf Strafaussetzung mit der Begründung ab, er habe nichts getan, um den Streitkräften der Ukraine zu helfen³³. Da es leicht ist, an jedem Bankautomaten auf der Straße für die Armee zu spenden, deutet die Tatsache, dass die Person dies nicht getan hat, auf die Aufrichtigkeit der Kriegsdienstverweigerung hin.

Unsere selektive Recherche der Gerichtsentscheidungen in öffentlichen Registern, die sowohl Artikel 336 des ukrainischen Strafgesetzbuches (Wehrdienstverweigerung während der Mobilmachung) als auch Artikel 35 der ukrainischen Verfassung, in dem das Recht auf Ersatzdienst verankert ist, erwähnen, ergab, dass in jüngster Zeit 8 Urteile ergangen sind, die Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen bestrafen und ihnen das Recht auf Zugang zum Ersatzdienst unter dem Kriegsrecht verweigern. Außerdem gingen auf Ersuchen der militärischen Rekrutierungsbüros 6 gerichtliche Anordnungen an die Polizei, die mutmaßliche Wehrdienstverweigerung von Wehrdienstverweigerern zu untersuchen.

Der Trend zur zunehmenden Bestrafung von Kriegsdienstverweigerung hängt wahrscheinlich mit der öffentlichen Aussage eines Militärbeamten zusammen, dass sich Hunderttausende Wehrpflichtige dem Wehrdienst entziehen.³⁴

Die gängigen Menschenrechtsorganisationen in der Ukraine sind kaum bereit, über Menschenrechtsverletzungen durch die ukrainische Armee zu berichten, da sie die Ansicht vertreten, dass das Überleben des Staates als wichtigstem Verteidiger der Menschenrechte auf dem Spiel steht und die Menschen sich zur Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte zusammenschließen müssen. Die nationale Menschenrechtsinstitution hat jedoch über einige Verstöße im Zusammenhang mit der Wehrpflicht berichtet und dabei das Thema der Verweigerung aus Gewissensgründen ausgeklammert.

Der Menschenrechtsbeauftragte des ukrainischen Parlaments räumt in seinem Jahresbericht 2022 widerwillig ein, dass "die Rechte der Bürger während der Mobilisierung nicht beachtet wurden", darunter auch "Fehler, die während der Mobilisierung gemacht wurden (unzureichende medizinische Untersuchung der Wehrpflichtigen durch militärmedizinische Kommissionen, Einberufung von Personen, die gemäß der geltenden Gesetzgebung zurückgestellt waren)".³⁵

Während der interaktiven Dialoge zu den Berichten des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte über die Lage in der Ukraine äußerte IFOR seine Besorgnis über die Verletzung des Menschenrechts auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen in der Ukraine, wo die allgemeine Mobilisierung zur Armee ohne Ausnahmen für Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen durchgesetzt wird und Einberufungsbefehle an öffentlichen Orten, einschließlich Kirchen, ausgeteilt werden. IFOR berichtete über die derzeitige Aussetzung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine, die daraus resultierenden Haftstrafen, das Reiseverbot für alle Männer zwischen 18 und 60 Jahren und die Unterdrückung von Studentenprotesten gegen das Verbot, im Ausland zu studieren. Darüber hinaus äußerte IFOR seine Besorgnis über die Zwangsmobilisierung von Wehrpflichtigen in den von der Russischen Föderation besetzten ukrainischen Gebieten, die Haftstrafen für diejenigen vorsieht, die sich weigern, sich zu melden.³⁶⁻³⁸

In den abschließenden Bemerkungen zum 8. Periodischen Bericht der Ukraine³⁹ betonte der Menschenrechtsausschuss, dass Alternativen zum Militärdienst allen Verweigerern aus Gewissensgründen ohne Diskriminierung hinsichtlich der Art ihrer Überzeugungen, die die Verweigerung rechtfertigen (seien es religiöse oder nicht-religiöse, auf dem Gewissen beruhende Überzeugungen), zur Verfügung stehen sollten, und dass sie im Vergleich zum Militärdienst weder bestrafend noch diskriminierend hinsichtlich ihrer Art oder Dauer sein sollten. Die Ukraine hat jedoch keine Maßnahmen ergriffen, um die Rechtsvorschriften entsprechend diesen Empfehlungen zu ändern. In Beantwortung eines Schreibens der ukrainischen pazifistischen Bewegungen an die Werchowna Rada (Parlament) der Ukraine im September 2022, in dem es um die Fortschritte bei der Umsetzung dieser Empfehlungen ging, leitete der parlamentarische Ausschuss für Menschenrechte das Schreiben an das Justizministerium weiter, das wiederum antwortete, die Frage falle in den Zuständigkeitsbereich des Verteidigungsministeriums. Der parlamentarische Ausschuss für nationale Sicherheit, Verteidigung und Nachrichtendienste antwortete, dass Vorschläge zur Änderung der Rechtsvorschriften im Hinblick auf die Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards unter den Abgeordneten verbreitet werden. Im Februar 2023 teilte der parlamentarische Ausschuss für Menschenrechte jedoch mit, dass Fragen des zivilen Ersatzdienstes in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für nationale Sicherheit, Verteidigung und Nachrichtendienste fallen; dieser schrieb, dass der Ersatzdienst nur anstelle der zeitlich begrenzten (friedensmäßigen) Wehrpflicht zugelassen werden könne, und berief sich dabei auf ein veraltetes Gesetz ohne Bezug auf die Menschenrechte.

Verfolgung von Vitaliy Alexeienko wegen Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen

Vitaly Alekseenko, ein protestantischer Christ, Kriegsdienstverweigerer und Binnenvertriebener, wurde wegen seiner Weigerung zu töten zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt und im Februar 2023 inhaftiert, nachdem das Berufungsgericht das Urteil bestätigt hatte.⁴⁰⁻⁴² Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung erklärte ihn zu einem Gefangenen aus Gewissensgründen.⁴³

Im Mai 2023 hob der Oberste Gerichtshof die Verurteilung auf und ordnete seine sofortige Entlassung aus dem Gefängnis und die Wiederaufnahme des Verfahrens vor dem erstinstanzlichen Gericht an.⁴⁴ Dieses Wiederaufnahmeverfahren läuft noch, die nächste Anhörung ist für den 15. November angesetzt.

Das Oberste Gericht sprach Alekseenko nicht wie von der Verteidigung gefordert frei und zitierte das veraltete Gesetz über Zivildienst in einer Weise, die mit der Ablehnung eines Rechts auf Kriegsdienstverweigerung durch die Armee übereinstimmt. Dies birgt die Gefahr eines neuen Schuldspruches.

Mit Unterstützung der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung hat Alekseenko eine Verfassungsbeschwerde vorbereitet, in der er die Verfassungsmäßigkeit der Normen des Zivildienstgesetzes anzweifelt, die den Zugang zum Zivildienst nur in Friedenszeiten und nur für Mitglieder privilegierter, von der Regierung anerkannter Konfessionen ermöglichen.

Leider wurden die Materialien zur Verfassungsbeschwerde auf einem Computer vom Sicherheitsdienst der Ukraine bei der Durchsuchung der Wohnung von Jurij Sheliashenko beschlagnahmt (siehe unten). Die Durchsuchung hat viel Zeit und Mühe gekostet, so dass wir

gezwungen waren, die Vorlage in aller Eile fertigzustellen und sie erst im letzten Moment einreichen konnten. Im Ergebnis hat das Sekretariat des Verfassungsgerichts der Ukraine die Beschwerde wegen eines geringfügigen Verfahrensproblems zurückgewiesen.⁴⁵

Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis hatte Alexeienko Probleme, aufgrund der Erfordernis einer militärischen Registrierung einen Job zu finden, aber nach einiger Zeit gelang es ihm mit rechtlicher Unterstützung, eine Anstellung als Postbote zu erhalten.

Fehlen eines Verfahrens zur Entlassung aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen im Fall von Andrii Vyshnevetsky

Andrii Vyshnevetsky, ein christlicher Pazifist, wurde zu einer Fronteinheit der Streitkräfte der Ukraine geschickt, obwohl er seine Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen erklärte und um Entlassung bat.⁴⁶ Nachdem er mehrmals seine Kriegsdienstverweigerung erklärt hatte, wurde er zum Küchendienst eingeteilt. Das Kommando der Bodentruppen verweigerte ihm das Recht auf Entlassung aus Gewissensgründen und berief sich dabei auf die geltenden Vorschriften des Militärdienstes auf der Grundlage von Gesetzen und Präsidialdekreten. Vyshnevetsky reichte eine Klage ein, in der er den Obersten Gerichtshof aufforderte, Präsident Zelensky anzuweisen, ein Verfahren zur Entlassung aus dem vom Militärdienst aus Gewissensgründen einzuführen.⁴⁷

Am 25. September 2023 lehnte es der Oberste Gerichtshof ab, einer Klage von Andrii Vyshnevetsky stattzugeben. An diesem Tag hinderte ihn der Kommandant daran, wie angeordnet vor dem Gericht zu erscheinen, indem er ihn einer anderen Militäreinheit zuwies und die Erlaubnis zum Ausgang unter dem Vorwand, die Papiere vorzubereiten, unangemessen lange verzögerte.

In seinem Urteil beruft sich der Oberste Gerichtshof auf den nationalen Notstand aufgrund der russischen Invasion in die Ukraine, der es erlaube, die Menschenrechte einzuschränken und von den internationalen Menschenrechtsverpflichtungen des Staates abzuweichen. Das Gericht hat jedoch nicht geprüft, ob das verfassungsmäßige Recht auf Zivildienst und das Menschenrecht auf Verweigerung aus Gewissensgründen durch das Gesetz ordnungsgemäß eingeschränkt wurde (dies war nicht der Fall). Das Gericht hat auch nicht geprüft, ob die Ukraine von den internationalen Menschenrechtsverpflichtungen in Bezug auf die Gewissens-, Religions- und Glaubensfreiheit abgewichen ist (dies war nicht der Fall). Außerdem zitierte der Oberste Gerichtshof den ersten Absatz von Art. 4 des ICCPR bezüglich der Möglichkeit von Ausnahmen, nicht aber den zweiten Absatz, der Ausnahmen von Art. 18 des ICCPR ausschließt. Neben anderen Argumenten behauptete der Oberste Gerichtshof, dass die Rechtslücke in Bezug auf das Recht auf Verweigerung aus Gewissensgründen durch das Parlament geschlossen werden muss und nicht durch den Präsidenten, der dazu nicht befugt sei. (Allerdings ignorierte das Gericht einen Hinweis in der Klage von Vyshnevetsky auf das Gesetz der Ukraine "Über die Wehrpflicht und den Militärdienst", das dem Präsidenten die Befugnis gibt, Verfahren im Zusammenhang mit dem Militärdienst festzulegen).

Da der Oberste Gerichtshof die Klage als erstinstanzlich betrachtete und die Berufung bei der Großen Kammer des Obersten Gerichtshofs zulässig ist, hat die Ukrainische Pazifistische Bewegung Berufung

gegen das Urteil des Obersten Gerichtshofs vom 25. September 2023 in der Rechtssache Vyshnevetsky eingelegt.

Verfolgung von Yurii Sheliazhenko wegen seines Eintretens für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und seine Verteidigung der Rechte von Verweigerern

Jurij Scheljaschenko, Generalsekretär der NGO Ukrainische Pazifistische Bewegung, wurde wegen seines Eintretens für eine pazifistische Weltanschauung und insbesondere für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung einer strafrechtlichen Untersuchung unterzogen mit Durchsuchung seiner Wohnung am 3. August 2023, Beschlagnahmung von Computer und Smartphone sowie nächtlichem Hausarrest (Beginn 15. August, verlängert bis 30. November).⁴⁸ Gegen ihn wurde ein formeller Verdacht auf Rechtfertigung der russischen Aggression vorgebracht, ein Verbrechen, das gemäß Art. 436-2 Teil 2 des ukrainischen Strafgesetzbuchs mit bis zu 5 Jahren Gefängnis und der Konfiszierung von Eigentum bestraft werden kann. Diese politisch motivierte Strafverfolgung erfolgt unter einem absurden Vorwand: Der Verdacht lautet, dass Sheliazhenko an Präsident Zelensky die Erklärung "Friedensagenda für die Ukraine und die Welt"⁴⁹ übermittelte, die von der ukrainischen pazifistischen Bewegung am 21. September 2022 verabschiedet wurde und angeblich die russische Aggression rechtfertigt (in Wirklichkeit unterstützt die Erklärung wortwörtlich die Verurteilung der russischen Aggression durch die UN-Generalversammlung). Der absurde Verdacht wird durch ein forensisch-linguistisches (semantisch-textuelles) Gutachten des Sicherheitsdienstes der Ukraine⁵⁰ untermauert, das sowohl die rechtliche Definition von Aggression als auch die Tatsache ignoriert, dass die Erklärung der Pazifisten eine ausdrückliche Verurteilung der russischen Aggression enthält. Die forensisch-linguistische Schlussfolgerung basiert auf voreingenommenen Mutmaßungen über allgemeine Prinzipien von pazifistischen Überzeugungen, die in der Erklärung geäußert werden, wie Zweifel am Realismus jeglicher Feindbilder, eine kritische Analyse des Beitrags zur Konflikteskalation auf allen Seiten, der Betonung von gewaltfreien und waffenlosen Ansätzen zur Selbstverteidigung und zum Schutz der Zivilbevölkerung.

Eine Reihe von Entscheidungen der Ermittlungsrichter, darunter die Erlaubnis zur Durchsuchung von Sheliazhenkos Wohnung⁵¹, den Zugang zu seiner Korrespondenz⁵² und zu seiner Handy-Anrufliste⁵³ zitieren Informationen, dass die Ermittlungen bereits vor der Verabschiedung der genannten Erklärung eingeleitet wurden, als Sheliazhenko ein Rechtshilfedokument mit dem Titel "Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen" veröffentlichte und dass sich die Ermittlungen zu diesem Zeitpunkt auf einen angeblichen Verstoß gegen Artikel 114-1 (1) des Strafgesetzbuches der Ukraine (Störung der legalen Aktivitäten der Streitkräfte der Ukraine oder anderer militärischer Formationen in einem Sonderzeitraum) konzentrierten, ein Verbrechen, das mit fünf bis acht Jahren Freiheitsentzug bestraft werden kann. In einer Pressemitteilung des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SSU) zu den Ermittlungen heißt es, dass Scheliazhenko zur Wehrdienstentziehung aufgerufen und an ausländische Diplomaten angeblich falsche Informationen über den Krieg übermittelt habe. Da der einzige Brief an ausländische Diplomaten, der durch die Ermittlungen offengelegt wurde, ein Brief an Matilda Bogner, Leiterin der UN-Menschenrechtsbeobachtungsmission in der Ukraine⁵⁴, war – der Brief enthielt die genaue Beschreibungen von Verletzungen des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen

in mehreren Einzelfällen, basierend auf öffentlich zugänglichen Informationen, Interviews und Dokumenten – ist klar, dass die Repressionen wegen der Aktivitäten zur Verteidigung der Menschenrechte begannen.

Die Untersuchungsprotokolle über den Inhalt des Smartphones und des Computers, die in der Wohnung von Yurii Sheliashenko beschlagnahmt wurden, beschreiben ebenfalls größtenteils vertrauliche Mitteilungen im Zusammenhang mit der Menschenrechtsarbeit, insbesondere das Eintreten für das Menschenrecht der Kriegsdienstverweigerung und Rechtshilfe für Verweigerer aus Gewissensgründen, die in den Protokollen abwertend als "gewissenhafte Hinterzieher" bezeichnet werden.⁵⁵

Der Vorwand der "Rechtfertigung der russischen Aggression" wurde wahrscheinlich später erfunden, als die Ermittler realisierten, dass eine Verfolgung wegen legitimer Menschenrechtsanliegen und Rechtshilfe kontrovers ist. Dennoch gaben die Ermittler nicht die Absicht auf, eine Verfolgung wegen des Eintritts für Menschenrechte weiterzuführen. Dies geht aus dem Antrag der Ermittler an das Gericht auf Verlängerung der Ermittlungsdauer vom 25. Oktober 2023 hervor: darin heißt es, dass die Ermittler eine "Änderung der Qualifikation des Verbrechens" in Betracht zögen. Beigefügt ist ein Brief vom 21. Juli 2023 von einem Ermittler des Sicherheitsdienstes der Ukraine namens Oleksandr Novak an die Hauptdirektion für Personal der Streitkräfte der Ukraine, in dem es heißt, dass der Bürger Jurij Scheljaschenko, gegen den strafrechtlich ermittelt wird, "im ukrainischen Informationsraum eine Botschaft über das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen" verbreite; „im Internet werden Informationsmaterialien gefunden, die Krieg und Militarismus kritisieren“, und der Ermittler fragt, ob diese Aktivitäten die legalen Angelegenheiten der Streitkräfte der Ukraine beeinträchtigen. Er fügte auch eine Antwort bei, unterschrieben vom stellvertretenden Leiter der Hauptdirektion für Personal der Streitkräfte der Ukraine, Mark Andrusiak, und datiert vom 17. August 2023, in der es heißt, dass "die Aktivitäten des Exekutivsekretärs der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung, des Bürgers Sheliashenko, einen negativen Einfluss auf die Fähigkeit des Staates (hätten), die Durchsetzung von Maßnahmen zur allgemeinen Mobilmachung und der Einberufung von Wehrpflichtigen durch die territoriale Zentren der Rekrutierung und sozialen Unterstützung sicherzustellen." Es ist bemerkenswert, dass Mark Andrusiak zuvor einen Brief unterzeichnet hatte, in dem er die rechtliche Verpflichtung der Ukraine zum Schutz des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung leugnete.

Die politische Verfolgung erfolgt in diesem Fall mit Nachdruck: Eine Gruppe von 9 Ermittlern des ukrainischen Sicherheitsdienstes ist mit dem Fall betraut, und eine Gruppe von 5 Staatsanwälten der Kiewer Staatsanwaltschaft ist mit der Überwachung der Ermittlungen beauftragt.

Die offengelegten Ermittlungsakten enthalten die Korrespondenz des Sicherheitsdienstes der Ukraine mit Oleksiy Dniprov, dem stellvertretenden Leiter des Büros des Präsidenten der Ukraine⁵⁶, und mit Oleksandr Kononenko, dem Vertreter des Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments (Werchowna Rada) im System der Sicherheits- und Verteidigungsorgane, über die angeblich "kriminellen" Briefe der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung, wobei das Eintreten für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung als Verbrechen betrachtet wird. Es ist bemerkenswert, dass ein Vertreter des nationalen Ombudsmannes für Menschenrechte einen Brief⁵⁷ an den Sicherheitsdienst schrieb, in dem er um eine Untersuchung des angeblich "kriminellen" Eintretens für die Menschenrechte bat und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung leugnete, während sein Chef später in einem neuen

Brief⁵⁸ widerwillig die entsprechenden ukrainischen Verpflichtungen gemäß der Verfassung und internationaler Verträge anerkannte.

Einen Monat nach der Durchsuchung von Sheliazhenkos Wohnung am 7. September, diskreditierten der Sicherheitsdienst der Ukraine⁵⁹, die Staatsanwaltschaft der Stadt Kiew und die Generalstaatsanwaltschaft⁶⁰ Jurij Sheliazhenko in Pressemitteilungen mit zweifelhaften Anschuldigungen von Straftaten. Die lange Verzögerung bei der Veröffentlichung der Pressemitteilungen hängt wahrscheinlich mit den erfolglosen Versuchen zusammen, belastende Dokumente oder Mitteilungen auf dem Computer und dem Smartphone von Jurij Scheljaschenko zu finden.

Nach einem Jahr Überwachung, einer Hausdurchsuchung und von Beschlagnahmungen fand der ukrainische Sicherheitsdienst keine Beweise für etwas anderes als das Eintreten für pazifistische Überzeugungen, völkerrechtskonforme Friedensaufrufe und insbesondere für das Menschenrecht der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen; dennoch behandelt der ukrainische Sicherheitsdienst Juri Scheljaschenko nach wie vor als "Feind" und verfolgt ihn, wahrscheinlich auf Grund politisch motivierter Befehle der militärischen und/oder politischen Führung⁶¹. Eine der Methoden des ukrainischen Sicherheitsdienstes, das Bild eines „Feindes“ zu erzeugen, bestand darin, den gefälschten Buchstaben Z, das Symbol der russischen Aggression, in den Namen von Sheliazhenkos Telegram-Kanal einzufügen. Den Anträgen des Angeklagten, diesen Fehler zu korrigieren, wurde durch Entscheidungen des Solomianskyi-Bezirksgerichts von Kiew am 18. Oktober und 9. November stattgegeben. Während der Anhörungen behauptete Ermittler Novak, es handle sich um einen "Tippfehler". Die internationale Zivilgesellschaft rief dazu auf, die politisch motivierte Verfolgung wegen Pazifismus zu beenden.⁶²

Die politisch motivierte Verfolgung von Yurii Sheliazhenko wegen seines legitimen Menschenrechts- und Friedensaktivismus und seines Eintretens für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung verstößt gegen die Menschenrechte auf Gewissens-, Religions- und Glaubensfreiheit, persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit des Privatlebens, der Wohnung und des Eigentums, Redefreiheit, Vereinigungsfreiheit, Unschuldsvermutung und Schutz des Rufs vor Verleumdung. Der ukrainische Sicherheitsdienst griff auch auf das Telefonprotokoll von Juri Scheljaschenko zu, und es gibt Hinweise darauf, dass auf Kriegsdienstverweigerer, die telefonisch rechtlichen Rat zwecks Verteidigung der Menschenrechte erhielten, Druck ausgeübt wurde.

In den Entscheidungen des Kiewer Solomianskyi-Bezirksgerichts vom 19. September und 5. Oktober 2023 wurde festgestellt, dass der Ermittler des Sicherheitsdienstes der Ukraine die Rechte von Jurij Sheliazhenko verletzt hat, als er die Anträge von Sheliazhenko auf Rückgabe von vorübergehend beschlagnahmtem Eigentum, auf Einstellung des Verfahrens wegen Fehlens einer Straftat, auf Ernennung einer angemessenen forensisch-linguistischen Untersuchung und auf Zugang zu nicht geheimen Ermittlungsmaterialien nicht in der von der Strafprozessordnung der Ukraine vorgeschriebenen Reihenfolge berücksichtigte. Am 23. Oktober gab das Solomianskyi-Bezirksgericht von Kiew dem Ermittler die Unterlagen zu seinem Antrag auf Verlängerung der Ermittlungen bis 2024 zurück, da sie nicht den Anforderungen des Strafverfahrens entsprächen. Allerdings stellte der Ermittler am 25. Oktober einen neuen ähnlichen Antrag, dem stattgegeben wurde; der nächtliche Hausarrest für Yurii Sheliazhenko wurde bis zum 31. Dezember verlängert.

Das Verfassungsgericht der Ukraine lehnte es ab, Sheliazhenkos Beschwerde vor dem Berufungsverfahren anzuhören. Vor dem Kiewer Berufungsgericht sind für den 15. November, den 6. und 13. Dezember Anhörungen zu den Berufungsklagen von Jurij Sheliazhenko gegen die Entscheidungen des Kiewer Solomianskyi-Bezirksgerichts betreffend den Hausarrest sowie die Erlaubnis für den SSU, die Wohnung zu durchsuchen und die Telefonprotokolle einzusehen, angesetzt.

Empfehlungen

Die Ukraine muss das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen anerkennen und das Gesetz über den Ersatzdienst in einer Weise ändern, die mit der Verfassung und den internationalen Menschenrechtsverträgen der Ukraine, einschließlich des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, in Einklang steht.

Die rechtliche Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen sollte in jeder Phase vor und während des Militärdienstes möglich sein. Informationen über das Verfahren und rechtlicher Beistand sollten für alle Kriegsdienstverweigerer zugänglich sein.

Bewaffnete Konflikte sind in der Welt weit verbreitet und Menschen, die sich der Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit in all ihren Formen verschrieben haben - nicht nur religiöse, sondern auch säkulare Pazifisten auf der Grundlage von Philosophien und wissenschaftlichen Erkenntnissen - weigern sich, zu den Waffen zu greifen, indem sie dem Gebot ihres Gewissens folgen und konsequent friedliche Wege des Widerstands gegen Aggressionen, Tyrannen und die Verletzung von Menschenrechten wählen. In Kriegszeiten verdient die Kriegsdienstverweigerung besonderen rechtlichen Schutz, da sie die wertvollste Garantie für die Menschenwürde, den demokratischen Frieden und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft ohne die Geißel des Krieges ist, was auch gemäß ihrer Präambel ein Ziel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist.

In Kriegszeiten wird die Achtung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung zu einer roten Linie, die diejenigen, die für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen, von denen unterscheidet, die glauben, dass das Leben ein Krieg ist und die Macht das Recht bestimmt.

Die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens und der besondere Respekt vor der Weigerung, anderen das Leben zu nehmen, erklärt die einzigartige Rolle des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung und seinen absoluten Charakter, auch (und gerade) in Zeiten nationaler Notlagen.⁶³

Sogar historisch gesehen wurde dieses Recht in Zeiten der Entstehung moderner Massenarmeen entwickelt, die zu zwei schrecklichen Weltkriegen führten, und es wurde in den zivilisierten Ländern gerade während der Weltkriege anerkannt, obwohl die Regierungen an einer vollständigen Mobilisierung der Bevölkerung zum Widerstand gegen ausländische Aggressionen interessiert waren; diese Regierungen verstanden, dass sie keine Macht haben, das Gebot des individuellen Gewissens zu überstimmen, und so müssen auch alle vernünftigen Regierungen der Welt handeln.

Daher muss ein starker rechtlicher Schutz des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung zu einer Priorität auf der aktuellen internationalen Menschenrechtsagenda werden, da dies der direkteste Weg ist, den Militarismus und die ausufernden militärischen Konflikte einzudämmen und die Hoffnung aufrechtzuerhalten, dass es in einer Welt, in der sich alle weigern zu töten, keine Kriege geben wird.

Menschenrechtsaktivisten müssen sich an das Versprechen erinnern, dass der uneingeschränkte Schutz der Menschenrechte die Welt von der Barbarei organisierter Massentötungen befreien wird, nachdem die Diplomatie auf abscheuliche Weise versagt hat.

Anmerkungen

...

³⁰ Urteil des Bezirksgerichts Kremenetsky der Oblast Ternopil, 5. Juni 2023, <https://reyestr.court.gov.ua/Review/111297484>

³¹ Urteil des Appellationsgerichts Ternopil vom 28. August 2023, <https://reyestr.court.gov.ua/Review/113075121>

³² UKRAINE: Drei Jahre Gefängnis für adventistischen Mobilmachungsverweigerer aus Gewissensgründen, 1. November 2023 Felix Corley, Forum 18, https://www.forum18.org/archive.php?article_id=2871

³³ Urteil des Bezirksgerichts Kamyanka-Buzky der Region Lviv vom 06.11.2023, <https://reyestr.court.gov.ua/Review/114666105>

³⁴ Keine Flucht vor der Mobilisierung: Verteidigungsministerium kündigt Änderungen bei der Arbeit der militärischen Ärztekommisionen an, 14.10.23, <https://tsn.ua/ato/mobilizaciyi-ne-uniknuti-v-minoboroni-ukrayini-anonsuvali-zmini-schodo-prizovu-ta-roboti-vlk-2429011.html>

³⁵ Bericht des Menschenrechtsbeauftragten des Parlaments über die Einhaltung und den Schutz der Menschen- und Bürgerrechte in der Ukraine im Jahr 2022, <https://ombudsman.gov.ua/report-2022/en/>

³⁶ <https://www.ifor.org/news/2022/7/5/ifor-addresses-the-un-human-rights-council-on-the-right-to-conscientious-objection-and-the-war-in-ukraine>

³⁷ <https://www.ifor.org/news/2022/10/7/ifor-speaks-at-the-un-on-conscientious-objection-violations-and-peacebuilding-efforts-in-ukraine>

³⁸ <https://www.ifor.org/news/2022/4/2/war-should-be-abolished-ifor-speaks-up-at-the-un-on-the-right-to-conscientious-objection-in-wartime>

³⁹ Abschließende Beobachtungen des UN-Menschenrechtsausschusses zum Achten Periodischen Bericht der Ukraine vom 9. Februar 2022, URL: <https://digitallibrary.un.org/record/3957960?ln=en>

⁴⁰ Felix Corley. UKRAINE: Kriegsdienstverweigerer jetzt im Gefängnis. Forum 18 (27. Februar 2023), https://www.forum18.org/archive.php?article_id=2813

⁴¹ Ukraine: EBCO besucht inhaftierten christlichen Kriegsdienstverweigerer Vitaly Alekseenko und fordert seine sofortige und bedingungslose Freilassung <https://ebco-beoc.org/node/560>

⁴² Glaube oder Verrat? Ukraine's Kriegsdienstverweigerer werden angefeindet, New York Times, <https://www.nytimes.com/2023/08/18/world/europe/ukraine-conscientious-objectors.html>

⁴³ Ukraine: Vitaly Alekseenko ist ein Gefangener aus Gewissensgründen und sollte sofort und bedingungslos freigelassen werden, <https://ebco-beoc.org/node/553>

⁴⁴ Oberster Gerichtshof der Ukraine entlässt einen Gefangenen aus Gewissensgründen: Kriegsdienstverweigerer Vitaly Alekseenko, <https://ebco-beoc.org/node/572>

⁴⁵ Grund für die Rücksendung von Alexeienkos Verfassungsbeschwerde war, dass nur eine Kopie der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs und nicht alle Gerichtsentscheidungen in diesem Fall beigefügt waren. Dies ist in der Tat keine gesetzliche Vorschrift, sondern eine eigene Anforderung des zuständigen Beamten. Seine Entscheidung ist nicht anfechtbar. Generell ist das ein weiteres Indiz dafür, dass eine Verfassungsbeschwerde als Heilmittel bei Menschenrechtsverletzungen von fragwürdiger Wirksamkeit ist.

⁴⁶ Glaube oder Verrat? Ukraine's Kriegsdienstverweigerer werden angefeindet, New York Times, <https://www.nytimes.com/2023/08/18/world/europe/ukraine-conscientious-objectors.html>

⁴⁷ Felix Corley, "UKRAINE: Armee verwehrt Kriegsdienstverweigerer den Zugang zum Alternativdienst", Forum 18, 9. Mai 2023, https://www.forum18.org/archive.php?article_id=2830

⁴⁸ Warum klagt die Ukraine den Pazifisten Juri Schelashenko wegen "Rechtfertigung der russischen Aggression" an? Democracy Now, 10. August 2023, https://www.democracynow.org/2023/8/10/yurii_sheliazhenko_charges

⁴⁹ <https://www.ipb.org/peace-agenda-for-ukraine-and-the-world/>

⁵⁰ Schlussfolgerung des Experten des ukrainischen Forschungsinstituts für Spezialausrüstung und forensische Untersuchungen des Sicherheitsdienstes der Ukraine Nr. 135/1 vom 24. Mai 2023.

⁵¹ Entscheidung des Solomianskyi-Bezirksgerichts in Kiew vom 5. Juli 2023.

⁵² Entscheidung des Solomianskyi-Bezirksgerichts in Kiew vom 25. Oktober 2023.

⁵³ Entscheidung des Solomianskyi-Bezirksgerichts in Kiew vom 25. Oktober 2023.

⁵⁴ Brief der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung an Matilda Bogner, Leiterin der UN-Menschenrechtsbeobachtungsmission in der Ukraine, Nr. 151 vom 9. November 2022

⁵⁵ Protokolle vom 14.08.2023 und 11.09.2023 in der Ermittlungsakte, die der Verteidigung zur Verfügung gestellt wurden. Ermittler Novak hat diese Protokolle rechtswidrig erstellt, da er nicht um die Erlaubnis des Gerichts gebeten hat, vorübergehend beschlagnahmtes Eigentum, nämlich das Smartphone und den Computer, die am 03.08.2023 in der Wohnung von Jurij Sheliashenko beschlagnahmt wurden, zu arrestieren und er es versäumt hat, sie innerhalb von 48 Stunden an den Eigentümer zurückzugeben, wie es Art. 171 (5) der Strafprozessordnung der Ukraine vorschreibt.

⁵⁶ Schreiben des Sicherheitsdienstes der Ukraine an das Büro des Präsidenten der Ukraine Nr. 51/12-782/52/52

⁵⁷ Schreiben des Vertreters des Ombudsmanns Oleksandr Kononenko an den Sicherheitsdienst der Ukraine vom 27.10.2022

⁵⁸ Siehe Fußnote 5; Schreiben des Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments Dmytro Lubinets vom 3. März 2023, <https://t.me/sheliazhenko/137>

⁵⁹ <https://ssu.gov.ua/novyny/sbu-vykryla-shche-trokh-vorozhykh-ahitatoriv-odyn-iz-nykh-zaklykav-pidniaty-rosiiskyyi-prapor-nad-khortytseiu>

⁶⁰ <https://www.gp.gov.ua/ua/posts/vipravdovuvav-zbroinu-agresiyu-rf-povidomleno-pro-pidozru-tak-zvanomu-vikonavcomu-sekretaryu-ruxu-pacifistiv>

⁶¹ Pazifisten sind keine Feinde, und alle Feindbilder sind fiktiv, <https://worldbeyondwar.org/yurii-sheliazhenko-speaks-on-being-prosecuted-for-pacifism/>

⁶² Ukraine: Pazifismus ist in demokratischen Staaten kein Verbrechen! Lassen Sie die Anklage gegen Yurii Sheliazhenko fallen, War Resisters' International, <https://wri-irg.org/en/story/2023/ukraine-pacifism-not-crime-democratic-states-drop-charge-against-yurii-sheliazhenko>; Gerechtigkeit für Yurii Sheliazhenko, International Peace Bureau, <https://www.ipb.org/justice-for-yurii-sheliazhenko/>

⁶³ Erklärung von Yurii Sheliazhenko während des zwischen den Sitzungen stattfindenden (intersessional) Workshops des UN-Menschenrechtsrats über bewährte Praktiken und jüngste Entwicklungen bei der Umsetzung des Rechts auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen in Recht und Praxis, 31. Oktober 2023, <https://media.un.org/en/asset/k1w/k1w7olotft?kalturaStartTime=5505>

Übersetzung deepL und Guido Grünwald